

grüne Kopie

p.B.58.71.Sud-Est asiatique
s.d.réf. - MM/mt

Bern, den 25. Juni 1979

FLUECHTLINGSKATASTROPHE IN INDOCHINA

Z u s a m m e n f a s s u n g

=====

1. Der Flüchtlingsstrom aus Indochina ist in den letzten Monaten drastisch gestiegen. Die Motive, weshalb die Flüchtlinge fliehen, sind unterschiedlich, - je nach Herkunftsland.
2. Kambodscha-Flüchtlinge fliehen in erster Linie vor der drohenden Hungersnot und aus Angst vor den unvorstellbaren Massakern der Pol Pot-Banden. Die Hungersnot ist ihrerseits ebenfalls durch das Pol Pot-Regime bedingt, das während seiner Herrschaft Massen-Deportationen vornahm und während seines Rückzugs Reisfelder anzünden liess.
3. Um eine Hungersnot in Kambodscha zu verhindern, müsste, gemäss Schätzung, 1 Mio Tonne Reis in einer Sofortaktion eingeführt werden. Gegenwärtig sind jedoch die meisten Staaten nicht bereit, Hilfe zu leisten: sie gehen von der Ueberlegung aus, dass humanitäre Hilfe für Kambodscha, das Regime Heng Samrin in unangemessener Weise unterstützen und festigen würde.
4. Der aktuelle Flüchtlingsstrom aus Vietnam besteht vor allem aus ethnischen Chinesen aus der Gegend von Südvietnam. Ihre Fluchtmotive sind primär wirtschaftlicher Natur. Mit dem 1978 vom Regime von Hanoi in Kraft gesetzten Beschluss der totalen Verstaatlichung auch des Kleingewerbes ist ihnen - als einer Schicht von Händlern und Gewerbetreibenden - die alte Existenzgrundlage entzogen worden. Bleiben sie im Land, so droht vielen von ihnen Zwangsumsiedelung, d.h. Deportation und harte körperliche Arbeit in der Landwirtschaft.
5. Am meisten betroffen von den Flüchtlingen sind Thailand, Malaysia und Hong Kong. Alle diese Staaten haben in den letzten Monaten eine explosive Zunahme des Flüchtlingsstroms erfahren. Sie sind heute nicht mehr bereit, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, sofern keine Ausreise dieser Flüchtlinge in Drittländer als definitive Aufnahmestaaten erfolgen kann.

FLUECHTLINGSKATASTROPHE IN INDOCHINA

Der Flüchtlingsstrom aus Indochina in die benachbarten südostasiatischen Aufnahmeländer ist in den letzten Monaten drastisch gestiegen. Allein im Mai 1979 sind über 50'000 Menschen - doppelt so viele wie im April - aus Vietnam in südostasiatische Länder geflüchtet. Auch der Flüchtlingsstrom aus Kambodscha hat massiv zugenommen. Unterschiedlich sind die Motive der Indochina-Flüchtlinge: sie divergieren je nach Herkunftsland - Kambodscha, Vietnam oder Laos. Heute nehmen die benachbarten Aufnahmeländer eine harte Haltung ein, indem sie ihre Kapazität zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge als erschöpft ansehen.

1. Flucht-Motivea) Kambodscha-Flüchtlinge

Flüchtlinge aus Kambodscha fliehen in erster Linie vor der drohenden Hungersnot und aus Angst vor den unvorstellbaren Massakern der Pol Pot-Banden unter der Zivilbevölkerung.

Die drohende Hungersnot in Kambodscha ist ihrerseits durch zwei Faktoren bedingt, für die ebenfalls das Pol Pot-Regime die Verantwortung trifft. Erstens zerstörten Pol Pot-Kämpfer die Reisfelder, während sie sich vor Heng Samrin und den vietnamesischen Invasoren auf dem Rückzug befanden. Zweitens aber - und vor allem - ist die drohende Hungersnot eine Folge der unter Pol Pot praktizierten Zwangsumsiedelungen, die den Charakter von Massen-Deportationen der kambodschanischen Bevölkerung annahmen. Anlässlich seiner Machtergreifung versprach Heng Samrin dagegen seinen Landsleuten, wieder in ihre angestammten Dörfer zurückkehren zu dürfen: Ein Recht, von dem die Kambodschaner weitgehendst Gebrauch machen wollen. Jedoch sind viele dieser Dörfer heute zerstört; die

Landwirtschaft liegt danieder; der Reisanbau, der in der Nachmonsunperiode im grossen Stil erfolgen sollte, scheint nicht stattzufinden: die Folge des chaotischen Zustands, in dem das Land sich heute befindet.

Die Massaker der im Untergrund agierenden Pol Pot-Banden an der kambodschanischen Bevölkerung haben ein Ausmass erreicht, das Beobachter von einem "psychopathischen Vernichtungswahn" reden lässt. Zu den Guerilla-Einheiten scheinen vielfach auch Kinder zu zählen. Von der Familie getrennt und entwurzelt, helfen sie mit beim systematischen Töten all jener vielen, die - auch aus geringfügigstem Grund - als "Verräter" angesehen werden. "Tags herrscht Heng Samrin, nachts die Rache Pol Pots" - wie ein Beobachter der Szene schreibt.

Demgegenüber scheinen das Regime von Heng Samrin und die vietnamesischen Invasoren wesentlich weniger inhuman zu sein - ob aus echter Gesinnung oder aus Schwäche, bleibe dahingestellt. Jedenfalls vermitteln Flüchtlingsberichte ziemlich übereinstimmend diesen Eindruck.

Gegenwärtig befinden sich über 200'000 Kambodschaner bereits in Thailand (wohin sie auf dem Landweg oder Seeweg flohen); weitere 50'000 bis 100'000 dürften sich noch im Grenzgebiet Thailand/Kambodscha befinden. (1978 betrug die Zahl der nach Thailand geflohenen Kambodschaner "erst" 15'000; dagegen sollen um die 320'000 Kambodschaner nach Vietnam geflohen sein.)

Um eine Hungersnot in Kambodscha zu verhindern, müsste, gemäss Schätzungen, 1 Mio Tonne Reis in einer Sofortaktion eingeführt werden. Gegenwärtig sind jedoch die meisten Staaten nicht bereit, Hilfe zu leisten: sie gehen von der Ueberlegung aus, dass Hilfe für Kambodscha das Regime Heng Samrin in unangemessener Weise unterstützen und festigen würde.

Bleibt noch anzumerken, dass die Bevölkerung Kambodschas zwischen 1970 und 1979 von 7 Mio auf 4 Mio Einwohner abgenommen hat; die kommende Hungersnot wird diese Zahl nochmals vermindern.

b) Vietnam-Flüchtlinge

Der aktuelle Flüchtlingsstrom aus Vietnam, der in den letzten Monaten massiv angestiegen ist, besteht vor allem aus ethnischen Chinesen aus der Gegend von Südvietnam. (Von den ethnischen Chinesen Nordvietnams dürften um die 100'000 bereits in den vorangegangenen Jahren nach der Volksrepublik China ausgewandert sein.) Die hauptsächlichen Motive, die die südvietnamesischen Chinesen - deren Zahl über 1 Mio beträgt - zur Massenflucht treibt, sind wirtschaftlicher Natur. Die chinesische Minderheit besteht vorwiegend aus einer Schicht von Händlern und Gewerbetreibenden; vom im Frühjahr 1978 von der Regierung in Hanoi in Kraft gesetzten Beschluss der totalen Verstaatlichung auch des Kleingewerbes sind sie direkt betroffen (übrigens ein Grund, warum die Versorgung in Südvietnam zeitweise fast gänzlich zusammengebrochen ist). Mit dieser - selbstverständlich entschädigungslosen - Verstaatlichungswelle ist den ethnischen Chinesen die alte Existenzgrundlage entzogen worden; bleiben sie im Land, so droht für viele von ihnen die "Alternative" Zwangsumsiedelung (=Deportation) und harte körperliche Arbeit in der Landwirtschaft. Jene wohlhabenderen unter den Chinesen, die die nötigen Beträge für die Flucht zahlen können (Schmiergelder an Behörden, Gelder für den Schiffs- oder Bootsplatz), ergreifen in steigendem Mass diese Gelegenheit - "ermuntert" durch die Haltung des vietnamesischen Regimes. Dies auch wenn sie, nach eigenen Angaben, an Leib und Leben nicht direkt bedroht sind.

Nebst den ethnischen Chinesen - die übrigens zum überwiegenden Teil die vietnamesische Staatsbürgerschaft besitzen - besteht auch ein kontinuierlicher nicht-ethnischer Strom von

Flüchtlingen aus Vietnam, die sich auf diese Art den rigorosen Lebensbedingungen des lange Jahre vom Krieg heimgesuchten Landes und/oder dem ebenfalls rigorosen Zugriff des Regimes von Hanoi zu entziehen suchen.

Nach Angaben Hanois wollen um die 500'000 - meist ethnisch chinesische - Vietnamesen das Land verlassen; andere Schätzungen sprechen von 1 Million. Betrag der Flüchtlingsstrom im Monatsdruchschnitt 1978 noch etwa 8'000, so haben im Mai 1979 allein 50'000 Vietnamesen ihr Land verlassen. Zielländer sind vor allem Hong Kong, Malaysia und Indonesien. Ein Grossteil der Fliehenden stirbt auf der Flucht.

c) Laos-Flüchtlinge

Seit Beginn der kommunistischen Herrschaft haben zwischen 150'000 und 200'000 Menschen Laos durch Flucht verlassen. Davon leben an die 120'000 in thailändischen Lagern. Beruflich qualifiziertere Flüchtlinge - darunter viele Angehörige der früheren Mittelklasse Vientianes und der Intelligenz sowie Verwaltungsangestellte - haben in andern Länder, namentlich den USA und Frankreich, Aufnahme gefunden.

"Inneres" Flüchtlingsproblem

Sowohl für Vietnam als auch für Kambodscha und Laos gilt, dass diese Länder ein schwerwiegendes "inneres" Flüchtlingsproblem besitzen - in Gestalt von Hunderttausenden von heimatlosen, entwurzelten Menschen (schätzungsweise 2'240'000 heimatlose Vietnamesen; schätzungsweise 450'000 heimatlose Laoten innerhalb der Landesgrenzen).

2. Haltung der Regierungen der Herkunftsländer

a) Kambodscha:

Während das Regime von Heng Samrin sich der Flucht der Kambodschaner angesichts der drohenden Hungersnot nicht offen

entgegenstellt, laufen die Flüchtlinge Gefahr, von den Pol Pot-Banden als "Verräter" bestraft, das heisst erschossen zu werden. Manche mögen dieser Gefahr entgehen, indem sie mit den Pol Pot-Guerillas notgedrungen gemeinsame Sache machen.

b) Vietnam:

Das Regime Vietnams hat zu wiederholter Gelegenheit erklärt, nichts gegen die Emigration von Vietnamesen zu haben. Zwischen dem UNHCR und der Regierung Vietnams ist es denn auch nach Verhandlungen im Frühling 1979 zu einem "Ausreiseprogramm" gekommen, das die "geordnete" Emigration von Ausreisewilligen vorsieht. Dieses Procedere verlangt, dass sowohl der Herkunftsstaat Vietnam als auch der entsprechende Aufnahmestaat ihre formelle Einwilligung zu jeder einzelnen geplanten Emigration abgeben. Die Praxis jedoch sieht anders aus: die "informelle" Massenfucht dominiert. Die vietnamesische Regierung bestreitet, dass die Flüchtlinge den vietnamesischen Behörden Geldbeträge (Schmiergelder) zu zahlen haben, um unbehindert ausreisen zu können. Alle Berichte der Flüchtlinge stimmen in diesem Punkt aber derart überein, dass das Zahlenmüssen von Schmiergeldern als gesicherte Tatsache gelten kann.

c) Laos:

Laoten, die sich auf der Flucht befinden, müssen damit rechnen, von Pathet-Lao-Streitkräften getötet zu werden - beispielsweise wenn sie sich der "Umerziehung" in eigentlichen "Umerziehungslagern" zu entziehen versuchen.

3. Haltung der Regierungen der Aufnahmeländer in Asien/Australien

a) ASEAN-Staaten

Am meisten betroffen vom Flüchtlingsstrom sind die ASEAN-Staaten Thailand und Malaysia - sowie Hong Kong. Der Beschluss dieser Staaten, die Grenzen zu schliessen und Flüchtlinge zurückzuschicken, hat denn auch erst die Weltöffentlichkeit richtig "aufgerüttelt" und dazu geführt, dass jetzt gemeinsam nach internationalen Lösungen gesucht wird. Die Hauptlast des Flüchtlingsproblems ist bisher von diesen Staaten allein getragen worden. Der grosse Zustrom von Flüchtlingen verschärft in ihren Grenzen die teilweise bestehenden Probleme der Ueberbevölkerung, des Zusammenlebens verschiedener ethnischer Gruppen und der Angst vor kommunistischer Infiltration. Diese Staaten verlangen deshalb nicht in erster Linie finanzielle Unterstützung von der übrigen Welt; sie wollen vielmehr, dass die Flüchtlinge ihr Territorium definitiv verlassen (können).

Thailand: Der Hauptstrom der Kambodscha-Flüchtlinge begibt sich nach Thailand. Gegenwärtig dürften sich über 200'000 Indochina-Flüchtlinge in Thailand befinden - wovon um die 100'000 Flüchtlinge aus Laos und über 100'000 Flüchtlinge aus Kambodscha (wobei die meisten Kambodscha-Flüchtlinge erst im Verlauf dieses Jahres geflohen sind). Nicht eingerechnet in diesen Zahlen sind 40'000 "Altflüchtlinge" aus Vietnam, die bereits zur Zeit des ersten Indochina-Kriegs geflohen sind - und die Thailand wieder gerne nach Vietnam zurückwandern lassen möchte. Die bisherigen Verhandlungsversuche mit Vietnam in dieser Sache sind jedoch ergebnislos verlaufen.

Diese enormen Flüchtlingszahlen erklären, warum Thailand - zusammen mit den andern ASEAN-Staaten - jetzt eine derart rigorose Haltung einnimmt, indem es keine weiteren Flüchtlinge mehr in das Land hereinzulassen bereit ist, sondern im Ge-

genteil bereits zehntausende von Flüchtlingen wieder über die Grenze nach Kambodscha abgeschoben hat - und dabei deren Tod durch Hunger oder Erschiessung durch die Pol Pot-Banden in Kauf nimmt.

Die thailändische Regierung scheint bereit, von dieser harten Politik etwas abzugehen, wenn sie internationale Hilfe erhält. Sie betont jedoch, dass die Uebernahme der Flüchtlinge durch andere Länder für sie weit wichtiger und dringender ist als "blosse" materielle Hilfe.

Malaysia: Die Zahl der Indochina-Flüchtlinge, die Ende 1978 50'000 betrug, ist in der Zwischenzeit auf etwa 75'000 angestiegen - mit von Monat zu Monat wachsenden Flüchtlingszahlen. Dabei handelt es sich zum grossen Teil um ethnische Chinesen aus Vietnam, die in Malaysia Zuflucht suchen. Dessen Bevölkerung entwickelt eine zunehmende Animosität gegenüber diesen Fremden - aus mehreren Gründen: rassistisch bedingtes Misstrauen der mehrheitlich armen muslimisch-malaiischen Küstenbewohner, angebliche Verzerrung im lokalen Markt- und Preisgefüge, weil ein Teil der Flüchtlinge über Dollars und Gold verfügt, und - Neid auf die Fremden in den überfüllten Lagern, die hinsichtlich der Wasserversorgung oder medizinischer Betreuung privilegiert erscheinen.

Mit Rücksicht auf das ethnische Gleichgewicht des Landes will die Regierung Malaysias 70'000 Indochina-Flüchtlinge wieder ausweisen; sie hat, nach eigenen Angaben, in diesem Jahr bereits 40'000 Bootsflüchtlinge vor ihrer Küste abgewiesen. (Aus ethnischen Gründen scheinen ihr dagegen die 90'000 Flüchtlinge aus den Philippinen, zum Grossteil Moslems, die im Lande leben, wesentlich weniger Probleme zu bereiten.)

Auch Malaysia - das im Rahmen der gemeinsamen ASEAN-Aktion seine Grenzen für Indochina-Flüchtlinge geschlossen hat - stellt sich auf den Standpunkt, dass ihm primär nur mit der Ueber-

nahme der Flüchtlinge in andere Länder gedient ist und nicht bloss mit finanzieller Hilfe.

Indonesien: Die Zahl der sich gegenwärtig in Indonesien befindlichen Indochina-Flüchtlinge wird auf 30'000 geschätzt - wobei der Grossteil erst in den letzten Monaten angekommen ist. Als Folge der Weigerung von Thailand und Malaysia, weiterhin Flüchtlinge aufzunehmen, will nun auch Indonesien - im Rahmen der gemeinsamen ASEAN-Aktion - keine Flüchtlinge mehr aufnehmen. Wie Thailand und Malaysia, hat auch Indonesien zu deren Abwehr Militär eingesetzt.

Andererseits griff Indonesien jedoch die Idee auf der Schaffung eines Durchgangslagers für Flüchtlinge auf eine Insel "Transit-Insel") - Idee die anlässlich der UNHCR-Konferenz im vergangenen Dezember in Genf erstmals diskutiert wurde. Wesentliche Punkte des Konzepts:

Indonesien stellt dem Hochkommissariat die südlich von Singapur gelegene Insel Galang (63 km²), 200 Einwohner, leicht erschliessbar, als "processing centre" für die Vietnamflüchtlinge schlechthin, d.h. für "boat people" (aus Malaysia) und "land people" (aus Thailand) zur Verfügung. Es soll eine "processing capacity" von 5 - 10'000 Personen aufweisen. Geplant ist somit nicht die Schaffung eines (weiteren) Lagers für den längeren Verbleib, sondern eine Durchgangsstation für jene Flüchtlinge, für die zumindest quotenmässige Aufnahmezusagen seitens Drittstaaten vorliegen. Durch dieses Projekt sollen weder der ASEAN noch Indonesien finanzielle Verpflichtungen entstehen.

Das Projekt wurde anlässlich der Konferenz von Jakarta im Mai 1979 international diskutiert und wird auch von Indonesien weiterverfolgt; es scheint allerdings bis heute noch keine Durchführungsreife erreicht zu haben.

Philippinen; Singapur: Beide Staaten lassen nur in geringem Masse Flüchtlinge in ihr Territorium (so besteht für Singapur ein Höchstplafond von 1'000 Flüchtlingen, die sich in den Grenzen des Stadtstaats aufhalten dürfen).

b) Hong Kong

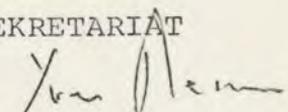
Betrug die Zahl der Vietnam-Flüchtlinge in Hong Kong Ende 1978 noch etwa 6'000, so ist sie in der Zwischenzeit auf etwa 55'000 angestiegen. Im gleichen Zeitraum - und bereits auch im Jahre 1978 - hat der Strom legaler und illegaler Einwanderer aus der Volksrepublik China nach Hong Kong massiv zugenommen. Beobachter vergleichen Hong Kong heute, nachdem auch die britische Kronkolonie ihre Grenzen für Flüchtlinge "dicht" machte - mit einer Stadt im Belagerungszustand, die von einer Invasion von zwei Fronten bedroht ist - und dabei selbst schon an Ueberbevölkerung leidet.

Der politische Druck des Gouverneurs von Hong Kong hat denn auch die britische Regierung bewogen, mit Nachdruck die Abhaltung einer internationalen Konferenz zur Lösung des Indochina-Flüchtlingsproblems zu verlangen.

c) Australien

Man rechnet damit, dass in nächster Zeit Tausende von Flüchtlingen, die andernorts abgewiesen wurden, in Australien ankommen werden. Die Regierung scheint zwar bereit zu sein, die Neuankömmlinge aufzunehmen. Die offizielle Quote von 10'500 Indochina-Flüchtlingen pro Jahr dürfte aber nicht ohne weiteres erhöht werden, da die öffentliche Meinung einer definitiven Aufnahme von weiteren Flüchtlingen eher negativ gegenübersteht.

POLITISCHES SEKRETARIAT
i.A.


Y. Besson